



## **Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT**

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Weitere Rechtsverschärfungen im SGB II verhindern – Grundsicherung menschenwürdig reformieren**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/61**

Der Landtag wolle beschließen:

#### **Das 9. SGB II-Änderungsgesetz konstruktiv begleiten**

1. Die Landesregierung wird gebeten, sich im Rahmen des Neunten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch auf Bundesebene für folgende Punkte einzusetzen:
  - eine verlässliche Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarktes durch die Schaffung der Möglichkeit eines dauerhaften Passiv-Aktiv-Transfers,
  - die Sicherung der Bedarfe von Kindern in Fällen von getrennt lebenden Eltern,
  - die Überprüfung der Sonderregelungen im Bereich der Sanktionen für unter 25jährige,
  - die Überprüfung der Sanktionsmöglichkeit der Leistungen für Unterkunft und Heizung,
  - eine Überprüfung einer maximalen Sanktionierung des Regelsatzes um 30 %.
  
2. Die Landesregierung wird gebeten, nach der Beratung im Bundesrat dem Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration Bericht zu erstatten.

#### **Begründung**

Das 9. SGB II-Änderungsgesetz befindet sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren. Es zeichnet sich bereits ab, dass es zu weiteren Änderungen im Laufe des Verfahrens kommen wird.

(Ausgegeben am 01.06.2016)

Formulierungsvorschläge für weitere Änderungen von Leistungs- und Verfahrensregelungen liegen auf Bundesebene vor. Im Zuge dieser zu erwartenden Änderungen wird das Land gebeten, die oben genannten Punkte zu platzieren.

Siegfried Borgwardt  
Fraktionsvorsitzender CDU

Dr. Katja Pähle  
Fraktionsvorsitzende SPD

Cornelia Lüddemann  
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN